Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 30 (1938)

Heft: 12: Mitteleuropa und die Schweiz

Artikel: Schweizerische Kapitalanlagen auf dem Balkan

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352925

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ihnen das gelingt und sofern ihnen wichtige andere Staaten, wie namentlich England, zu Hilfe kommen.

Die Möglichkeit der Selbstversorgung im eigenen Reich, die Deutschland aus militärischen und imperialistischen Gründen anstrebt, ist durch den Anschluss Oesterreichs und des Sudetengebietes nicht vergrössert, sondern im Gegenteil verschlechtert worden. Auch mit Einbeziehung der Donau- und Balkangebiete können diese Autarkiewünsche nicht befriedigt werden. Eine starke Ausnützung der wirtschaftlichen Reichtümer (Bodenschätze und Landwirtschaft) Südosteuropas erfordert viel Kapital, das Deutschland heute nicht zur Verfügung hat. Aus diesem Grunde versucht es Länder, wie die Schweiz, an der Erschliessung der Südoststaaten zu interessieren.

Die Schweiz darf aber ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit jenen Gebieten nur so weit ausdehnen, als es ihren eigenen Interessen förderlich ist, das heisst in diesem Falle, so weit es ihrem Export dient. Unser Land hatte bisher eine verhältnismässig starke wirtschaftliche Stellung gegenüber Deutschland, was auch beim Abschluss der schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommen zum Ausdruck kam. Es wird diese Stellung nur wahren können, solange die Deutschen wissen, dass wir nicht unter allen Umständen auf sie angewiesen sind. Deshalb darf sich die Schweiz niemals in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von einem grossen Staat begeben oder gar sich in einen Grosswirtschaftsraum eingliedern, da das auch ihre politische Unabhängigkeit gefährden würde. Eine andere Haltung kann es für die Schweiz nicht geben.

Schweizerische Kapitalanlagen auf dem Balkan.

Die Länder des Balkans, die sich im Laufe des letzten Jahrhunderts von der türkischen Herrschaft befreit haben, sind auch heute noch wirtschaftlich sehr unentwickelt und arm. Sie sind seit Jahrzehnten angewiesen auf ausländisches Kapital, einerseits um ihre Wirtschaft zu befruchten und anderseits um den Staat zu finanzieren, insbesondere für seine militärischen Aufwendungen. Der Bau der Eisenbahnen, die Gründung von Banken und grossen Industriegesellschaften wurde in diesen Gegenden meist erst durch ausländisches Kapital ermöglicht. Natürlich hat diese Verschuldung an das Ausland auch zu ausländischen Einmischungen Anlass gegeben, und die Kapitalanlagepolitik gewisser Staaten war nichts anderes als ein Mittel, um ihre politische Einflusssphäre zu vergrössern.

Besonders stark haben sich Deutschland, Frankreich und England in den Balkanstaaten finanziell engagiert. Allerdings haben diese die Konkurrenz der Grossmächte ausgenützt, um womöglich von mehr als einer Seite zu pumpen. Der Zweck, der mit den politischen Anleihen und auch vielfach mit den Wirtschaftskrediten verfolgt wurde, nämlich diese Länder in die Interessensphäre eines Grossstaates zu bringen, wurde deshalb meist nur teilweise erreicht. Auch hat sich gerade im Weltkrieg gezeigt, dass die Schuldner sich nicht immer auf die Seite der Gläubiger stellten, sondern manchmal hofften, auf der Gegenseite ihre Schulden durch Annullierung loszuwerden.

Die Schweiz hat sich ebenfalls seit langer Zeit am Kapitalexport nach dem Balkan beteiligt, obwohl sie politisch dort nichts zu suchen hat. Das schweizerische Kapital hat auch an den den Südostländern gewährten politischen und Wirtschaftskrediten schon sehr grosse Verluste erlitten. Die für Rüstungszwecke gewährten Darlehen sind ja eigentlich von vornherein verloren und können sich nur für eine Macht rentieren, die dadurch politisch etwas erreichen kann, aber nicht für einen kleinen Staat. Die Schweizer Banken und Finanzvertreter haben aber aus der Vergangenheit nicht gelernt und auch nach dem Kriege sich wiederholt beteiligt an den Anleihen, die, wie es meistens hiess, für den « Wiederaufbau » der Balkanstaaten in Westeuropa aufgenommen wurden.

Nach den Angaben der Schweizerischen Nationalbank sind seit 1927 folgende Anleihen offiziell auf dem schweizerischen Markt zur Zeichnung aufgelegt worden:

	Zinsfuss	Nominalwert	Emissionswert
1927:	%	in 1000 Franken	
Pfandbriefanleihen der Staatshypothekenbank des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, Belgrad	7	10,000	9,600
1928:		in 1000 Dollar	
Republik Griechenland, Stabilisierungs- u. Flüchtlingsanleihe (Schweizertranche)	6	1,250	1,137
Stabilisierungsanleihen des Königreichs Bulgarien (Schweizertranche)	7½	1,500	1,455
1929:			
Stabilisierungsanleihen der Autonomen Monopolverwaltung des Königreichs Rumänien (Schweizertranche von 4 Mill. Dollar)	7	3,500	3,080
1930:		in 1000 Franken	
Pester Ungarische Commercial-Bank, Budapest, Pfandbriefanleihen von 15 Mill. Franken . .	7	10,000	9,800
1931:		in 1000 franz. Franken	
Goldanleihen der Autonomen Monopolverwaltung des Königreichs Rumänien v. 1,325 Mill. frz. Fr.	7½	25,000	21,625
		in 1000 Franken	
Pester Erster Vaterländischer Sparkassen-Verein, Budapest, Pfandbriefanleihen von 15 Millionen Franken	7	10,000	9,800

	Zinsfuss	Nominalwert	Emissionswert
	%	in 1000 Pfund	
Griechische Regierung, Anleihen für öffentl. Werke von nom. 4,6 Mill. Pfund	6	400	348
Königreich Jugoslawien, Internationale Stabilisierungs-Goldanleihe von 1,025 Millionen frz. Fr., Schweizertranche Sfr. 25,381,250	7	in 1000 Franken 25,381	22,209
1937:			
Autonome Monopolverwaltung des Königreichs Rumänien, unifiziertes Anleihen von 1937 . .	4½	18,000	18,000 *
1938:			
Pfandbriefanleihen der Staatshypothekenbank des Königreichs Jugoslawien, Belgrad	4	9,568	9,568 *

* Konversion.

Allerdings geben diese Anleihen, die mehr als 100 Millionen Franken nach dem Balkan brachten, bei weitem kein vollständiges Bild über das Ausmass der Beteiligung schweizerischen Kapitals an Anleihen der betreffenden Staaten. Es haben natürlich auch sehr viele Balkantitel den Weg in schweizerische Tresors gefunden, die nicht hier zur Zeichnung aufgelegt wurden und die nicht an schweizerischen Börsen gehandelt werden. Anderseits weiss man auch nicht sicher, welcher Betrag der hier emittierten Anleihen wirklich von schweizerischem Kapital gezeichnet wurde und welcher Teil von dem in der Schweiz befindlichen Auslandkapital übernommen wurde. Immerhin dürfte der Besitz des letzteren an Balkanwerten nicht sehr gross sein.

Nach unsern eigenen Beobachtungen werden ausser den vorstehenden öffentlich in der Schweiz emittierten Anleihen noch folgende Obligationen der Balkanländer in der Schweiz gehandelt, so dass davon offenbar grössere Beträge in schweizerischem Besitze sind:

Ungarn:

4 % Ungarische Anleihe in Gulden
4 % » » » Kronen
4 % » » » engl. Pfund von 1910
4½ % » » von 1924
4 % Stadt Budapest von 1911
4½ % » » » 1914

Rumänien:

5 % Stadt Craiowa von 1930

Jugoslawien:

4 % Serbische Anleihe von 1895
7 % Staats-Hypothekenbank des Königreichs Jugoslawien 1924 und 1927
5 % » » » » » von 1934

Bulgarien:

5 % Bulgarische Anleihe von 1904
4½ % » » » 1907
4½ % » » » 1909
4½ % Stadt Sofia von 1910

Türkei:

Türkische Staatslotterie von 1870
2½ % Anatolische Eisenbahngesellschaft von 1912

Neben diesen Krediten an südosteuropäische Staaten hat sich das schweizerische Kapital auch sehr stark in der Wirtschaft des Balkans finanziell interessiert. Davon zeugen die Kurszettel der schweizerischen Börsen, die unter den vielen ausländischen Titeln auch einige wichtige Unternehmungen des Ostens aufweisen, nämlich:

	Aktienkapital	
Rumänien:		
Etoile Roumaine, S. A. pour l'industr. du pétrole, Bukarest	1000	Mill. Lei
« Electrica », Societate Anonima Romana, Bukarest . .	217	» Lei
Concordia, rumänische Petroleum-Industrie A.-G., Bukarest		
Ungarn:		
Ungarische Allgemeine Kohlenbergbau A.-G., Budapest .	48,4	» Pengö
Urikany-Zsilthaler Ungar. Kohlenbergwerks-A.-G., Budapest	21	» Pengö
Charbonnages du Bassin de Budapest, Brüssel . . .	40,5	» belg. Fr.
Ungarische Landes-Central-Sparkasse, Budapest . . .	8	» Pengö
Jugoslawien:		
Trifailer Kohlenwerks-Gesellschaft, Ljubljana	200	» Dinar
Türkei:		
Betriebsgesellschaft für orientalische Eisenbahnen A.-G., Konstantinopel	50	» Franken

Zur bessern Beurteilung dieser Zahlen geben wir den gegenwärtigen Wechselkurs bekannt:

100 Pengö = ca. Fr. 63.— (Die Pengö mit beschränkter Verwendungsmöglichkeit haben niedrigere Kurse)
100 Dinar = ca. Fr. 10.—
100 Lei = ca. Fr. 1.70

Was für gewaltige Verluste auch an diesen Balkanwerten entstanden sind, zeigt ein Blick auf die Kurse dieser Aktien, die heute fast alle unter der Hälfte der Kurse von 1929 und früherer Jahre stehen, zum Teil noch wesentlich darunter. Grosse Verluste sind insbesondere durch den Zerfall der Währungen dieser Länder entstanden.

Auch hier ist zu bemerken, dass die vorstehenden Unternehmungen die schweizerischen Interessen bei weitem nicht vollständig angeben. Eben ist eine interessante Untersuchung erschienen von Dr. Mirko Lamer im « Weltwirtschaftlichen Archiv » *, die Aufschluss gibt über die finanziellen Interessen des Auslandes in den Balkanländern. Wir entnehmen dieser Arbeit im folgenden einige Angaben:

In Rumänien besitzt das schweizerische Kapital noch eine weitere Petroleumgesellschaft, die Industriile de Petrol Orsova-

* Die Wandlungen der ausländischen Kapitalanlagen auf dem Balkan. « Weltwirtschaftliches Archiv », Kiel, November 1938.

Tileagd Societate Anonima. Ferner ist es an der Holz- und chemischen Industrie massgebend beteiligt und auch in der Textilindustrie interessiert.

In Jugoslawien unterhält die Schweizerische Kreditanstalt unter dem Namen Serbisch-Schweizerische Bank eine Filiale. Die Basler Handelsbank ist Grossaktionär des Allgemeinen Jugoslawischen Bank-Vereins A.-G. und der Landesbank für Bosnien und Herzegowina. Schweizerische Beteiligungen bestehen auch in der Bosnischen Industrie- und Handelsbank-Aktiengesellschaft und der Jugoslawischen Union-Bank A.-G. Der Umfang der schweizerischen Beteiligung am jugoslawischen Bankwesen geht aus folgender Zusammenstellung hervor (1936):

Aktienkapital in schweizerischen Händen		Schweizerische Kredite		Total	
in Millionen Dinar	in % des ausländischen Kapitals	in Millionen Dinar	in % der ausländischen Kredite	in Millionen Dinar	in % der ausländischen Beteiligungen
8,59	3,2	1,51	0,3	10,10	1,3

In der Holzindustrie ist das schweizerische Kapital führend. Es ist auch in der Elektrizitätswirtschaft stark interessiert. Die Elektrowerke A.-G., Basel, beteiligen sich gemeinsam mit einer schweizerischen Bank an der Kraftzentrale Elektricna Centrala «Fala» Akcionarsko Drustvo u Beogradu, die einen grossen Teil Sloweniens mit Strom versorgt, und an der neu errichteten Belgrader Zentrale. Schweizer Kapital findet sich auch im Bergbau, in Stahlwerken, in der Zement- und pharmazeutischen Industrie. Sein Anteil am ausländischen Industriekapital in der jugoslawischen Wirtschaft ist bedeutend grösser als der Anteil im Bankwesen (1936):

Aktienkapital in schweizerischen Händen		Schweizerische Kredite		Total	
in Millionen Dinar	in % des ausländischen Kapitals	in Millionen Dinar	in % der ausländischen Kredite	in Millionen Dinar	in % der ausländischen Beteiligungen
173	6,6	535	14,9	708	11,4

In Bulgarien ist schweizerisches Kapital in verschiedenen Industriezweigen stark verbreitet. Schon 1909 gründeten Schweizer die erste bulgarische Papierfabrik. Der Anteil der Schweiz am ausländischen Kapital in den bulgarischen Aktiengesellschaften wird für 1936 mit nicht weniger als 23,3 Prozent angegeben. Die Schweiz ist hier der zweitwichtigste Geldgeber. Nur Belgien ist mit 27,5 Prozent noch stärker beteiligt.

In der Türkei wurden durch Schweizer Kapital Niederlassungen der Nestlé and Anglo-Swiss Condensed Milk Co., der Uhrenfabrik «Zénith», der Société Générale de Surveillance und der beiden Versicherungsgesellschaften «Helvetia» und «Schweiz» gegründet.

Der Anteil der Schweiz an der auswärtigen öffentlichen und privaten Verschuldung Griechenlands soll um das Jahr 1932 0,8 Prozent erreicht haben oder gegen 3,5 Millionen Dollar.

*

Mit den vorstehenden Angaben wollten wir zeigen, wie stark das schweizerische Kapital heute schon in den Ländern Südosteuropas engagiert ist. Unsere Schätzung im vorhergehenden Artikel, die Anlagen im Betrage von etwas über 1 Milliarde Schweizerfranken im Donau- und Balkangebiet mit Einschluss von Oesterreich annahm, dürfte eher zu niedrig sein. Unter diesen Umständen ist die Warnung, keine weitern Kapitalien nach dem Osten zu exportieren, sicher sehr angebracht. Die Verluste, die daraus entstehen, fallen in irgendeiner Weise doch dem ganzen Lande zur Last.

Sind Familienzulagen wünschenswert?

Von Ch. Schürch.

Das Familienzulagenproblem ist eng verknüpft mit dem Problem der Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages, in dem der Arbeitslohn einen wichtigen Faktor bildet.

Die Lohnzahlung erfolgt nicht nach Wert, Nutzen, Umfang oder guter Ausführung der Arbeitsleistung des Lohnempfängers; diese Umstände sind sekundärer Natur. In erster Linie wird der Lohn durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt. Er stellt den Handelswert der Arbeitsleistung dar. Dieser Handelswert wird entscheidend beeinflusst durch die Stärke der wirtschaftlichen Stellung. Davon kann sich die werktätige Frau am besten überzeugen, und zwar auf eigene Kosten. Warum wird sie für die gleiche Arbeit geringer entschädigt als der männliche Arbeitnehmer? Nicht etwa, weil sie im allgemeinen keine Familie zu unterhalten hat — das wäre ja auch beim werktägigen Junggesellen der Fall — sondern einfach, weil der Ueberschuss weiblichen Arbeitsangebots, dem nur eine schwache Nachfrage gegenübersteht, auf das Lohnniveau einen stärkeren Druck ausübt als das männliche; zugleich aber auch und vor allem deswegen, weil die weiblichen Arbeitskräfte noch nicht eingesehen haben, dass sie sich einen stärkeren wirtschaftlichen Einfluss durch gewerkschaftlichen Zusammenschluss sichern können.

So verteilt sich der Wirtschaftsertrag nicht etwa einzig nach den Lebensbedürfnissen oder nach der Arbeitsleistung der Lohnempfänger, sondern nach Massgabe der Arbeitsmarktlage und der vorhandenen wirtschaftlichen Stärkeverhältnisse. Diese wieder schwanken unter der Einwirkung des Wettbewerbs am nationalen und internationalen Markt.